

20. Juli 1945

Major Phillipps:

- 1.) Nach Meinung von Major Phillipps sollte der Vollzug des Etats vorgenommen werden, da er eine rein bayerische Angelegenheit darstellt, zu der er keine Stellung nehmen wolle.
- 2.) Dagegen kann die Änderung über die Gehaltskürzung nicht bewilligt werden, da zur Zeit noch bindende Direktiven vorliegen, keinerlei Änderung in Tarifen vorzunehmen.²²⁴
- 3.) Leutnant Fredericks wird heute nachmittag mit einer Untersuchung beginnen, die gewisse Ziffern über die bayerische Vermögenslage erbringen soll.
- 4.) Brief wegen Einlösung von Pfandbriefkupons übergeben. Es werden noch weitere Ziffern gewünscht und zwar folgende:
 - a) Gesamtsumme der ausstehenden Darlehen,
 - b) Durchschnittlicher Zinssatz,
 - c) Zinsrückstände seit 30. 6. 1945,
 - d) Höhe der Vorlagen, die von den Instituten für die Einlösung der Kupons gemacht werden müssen.
- 5.) Ernennung Nunn genehmigt.
- 6.) Die Firma Jandel und Müller hat die Rechnungen, die uns vor einiger Zeit zur Begleichung übergeben worden sind, noch nicht bezahlt erhalten. Es handelte sich um Autoreparaturen für die Militärregierung.
- 7.) Brief der Stadt Augsburg mit Monatsetat zurückgegeben.
- 8.) Zulassung eines Wagens für Oberfinanzpräsidium Nürnberg soll schnellstens beantragt werden.
- 9.) Ergänzung zu Fragebogen Weigl²²⁵ überreicht.
- 10.) Brief und Fragebogen wegen Dr. Grabower²²⁶ (Reise Innsbruck) überreicht.²²⁷

Col. Reese:

- 1.) Gewünscht wird eine Darstellung des vorgenommenen Aufbaues der Bayerischen Regierung und der Aufgaben der einzelnen Stellen.²²⁸
- 2.) Übergibt einen Brief der Armee wegen der Evakuierung von Personen für den Winter. Morgen mit Stellungnahme zurückgeben.

Major Silvey:

Besprechung unseres Antrages auf Übernahme der Verwaltung des Reichsvermögens.²²⁹ Wird nochmals darauf zurückkommen. Inzwischen können durch die Amtsstellen Treuhänder für die Verwaltung des Grundvermögens vorgeschlagen werden. Das bewegliche Eigentum wird auf Antrag nach Prüfung freigegeben. Instruktionen dürfen erst nach Ermächtigung, die in einigen Tagen vielleicht erfolgen, ausgegeben werden.

²²⁴Vgl. Nr. 7 TOP I.

²²⁵Eventuell Josef Weigl, geb. 1906, Kasseninspektor bei der Allg. Ortskrankenkasse München, 13. 8. 1945 an das StMARB zur Verwendung bei der Abt. IV. (Sozialversicherung) abgeordnet, 1. 3. 1946 RR unter Versetzung in das StMARB.

²²⁶Dr. jur. Dr. phil. Rolf Grabower (1883–1963), 1919 Reichsfinanzministerium, 1922 MinRat, 1934/35 höchster Richter beim Reichsfinanzhof, 1. 1. 1936 aufgrund der Nürnberger Gesetze entlassen, 1941–1945 im jüdischen Arbeitseinsatz erfaßt und 37 Monate im KZ Theresienstadt, seit 11. 7. 1945 Richter am Obersten Finanzgerichtshof in München, 18. 10. 1945 – 1952 Oberfinanzpräsident Nürnberg, Mitglied des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebietes.

²²⁷Vgl. Nr. 52.

²²⁸Vgl. Schäffer, Denkschrift.

²²⁹Die Verwaltung des ehemaligen Reichs- und preußischen Vermögens wurde in der US-Zone durch Gesetz Nr. 19 vom 20. 4. 1949 (GVBL. S. 95) treuhänderisch den Ländern übertragen. Nach der Gründung der Bundesrepublik war die Aufteilung des Vermögens ein langjähriger Streitpunkt zwischen Bund und Ländern (s. StK 114100,114101).

(Gilt nur hinsichtlich des beweglichen Vermögens). Über die Behandlung der Reichsbeteiligungen²³⁰ an Gesellschaften liegen noch keine Weisungen vor.²³¹

²³⁰Bedeutendere Reichsbeteiligungen in Bayern waren: Innwerk AG (Töging), Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke AG (Hart), Luitpoldhütte, Vereinigte Flußpatgruben GmbH (Stulln/Oberpfalz), Anorgana (Gendorf), Viag-IVG (StK 114101).

²³¹Vgl. zum 20. 7. 1945 auch Schäffer an Bromage betr. Franz Fendt (StK 111653).